

OBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) Erste Tagung der Kommission für wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit

Vom 27.-29. Oktober trat erstmals die gemeinsame deutsch-chinesische Kommission für wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit in Bonn zusammen. Beispiel für die angelaufene Kooperation ist die Fortbildung von chinesischen Erdölgeologen und Erdbauingenieuren in deutschen Unternehmen und Forschungseinrichtungen, eine gemeinsame Studie zur Planung der Energieversorgung der Provinz Guangdong, die Suche nach Kohlenwasserstoffen zu Lande und im Meer mit Hilfe modernster, von Geologen der Kernforschungsanlage Jülich und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Han-nover) entwickelten Prospektionsmethoden und auch die Aufbereitung und Gewinnung komplexer Erze durch neuartige Technologien.

Man war sich in der Kommission darüber einig, daß die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit ein wichtiger Anstoß für die wirtschaftlich-industrielle Kooperation sei. Als Beispiel kann hierfür das am 29. Oktober unterzeichnete Abkommen dienen, das eine gemeinsame Entwicklung und Erprobung von Systemen zur Nutzung der Energiequellen Sonne, Wind und Biomasse für die chinesische Landwirtschaft zum Gegenstand hat. Das Vorhaben soll in einem Dorf mit ca. 200 Häusern durchgeführt werden, das bis 1982 in der Nähe von Beijing errichtet werden soll. (Mitteilung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie)

1981 will die Bundesrepublik der Volksrepublik technische Hilfe im Werte von 15 Mio. DM gewähren. Ein Teil dieser Hilfe umfaßt eine Stipendienvergabe für maximal 100 junge Chinesen, die zur Ausbildung in die Bundesrepublik kommen sollen. Diese Ausbildungsplätze würden zusätzlich zu den schon 500 eingeräumten gewährt. Dies teilte der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Beijing, Günther Schoedel, dem chinesischen Außenminister Huang Hua mit. Die Gewährung deutscher Kapitalhilfe an Beijing ist nach den Worten Schoedels i.J. 1981 nicht vorgesehen. (VWD/NfA, 21.11.80)

-9a-

WESTEUROPA

(2) Der Besuch des spanischen Kommunistenführers Carrillo: Das Hauptereignis im Berichtszeitraum

Vom 10.-25. November besuchte eine Delegation der spanischen KP unter Leitung des Generalsekretärs Santiago Carrillo die VR-China. Insgesamt fanden drei Gespräche mit dem Generalsekretär der KPCh, Hu Yaobang, sowie mit den anderen Spitzen der Partei statt. Carrillo besuchte neben Beijing noch Shanghai, Hangzhou, Guangzhou, Nanning und Kunming, hielt Ansprachen vor Arbeitern in Shanghai und vor Studenten der Universität Beijing und erreichte mit seinem Besuch, daß die offiziellen Beziehungen zwischen beiden KPs, die Anfang der 70er Jahre "wegen nicht genügender Unabhängigkeit von Moskau" (Radio Madrid in SWB, 12.11.) unterbrochen worden waren, wieder aufgenommen wurden.

Mit seinem Besuch trat Carrillo in die Fußstapfen des italienischen KP-Führers, Enrico Berlinguer, der vom 14.-23. April 1980 Beijing besucht und ebenfalls wieder offizielle Beziehungen zwischen der KPI und der KPCh aufgenommen hatte (Näheres dazu Oscar Weggel "Gute und böse Eurokommunisten" in C.a., April 1980, S.305-310).

Immer wieder betonten beide Parteien, daß ihre Gemeinsamkeiten wichtiger seien als ihre Differenzen, ja, daß gewisse Differenzen sogar fruchtbar sein könnten (XNA, 26.11.80).

Worin bestehen die Gemeinsamkeiten?

Beide Parteien stimmen darin überein, daß es keine "Führungspartei" und kein "Führungszentrum" in der internationalen kommunistischen Bewegung mehr geben könne. Man dürfe nicht mechanisch irgendwelche "Modelle" kopieren, sondern müsse auf die Besonderheiten der einzelnen Länder Rücksicht nehmen - also Gleichberechtigung und nicht "Vater-Sohn-Verhältnis" (XNA, 25. und 26. November). Zum "Eurokommunismus" hatte China längere Zeit einen schwankenden Standpunkt eingenommen. Wie jedoch die unterschiedliche Behandlung der KPI und der KPF

zeigt, ist nicht der Eurokommunismus als solcher, sondern vielmehr die Haltung der betreffenden Partei zum Hegemonismus für die chinesische Einschätzung des "Eurokommunismus" maßgebend. So bestehen z.B. zur KPS und zur KPI, die beide das sowjetische Afghanistanunternehmen verurteilt haben, gute Beziehungen, während die KPF, deren Führer Marchais noch nach dem Kabul-Feldzug die Sowjetunion besucht hatte, die kalte Schulter Beijings zu sehen bekommen. (Näheres dazu Weggel, Eurokommunisten..., a.a.O., S.309f).

Die KPS hatte, demgegenüber sowohl gegen den sowjetischen Einmarsch in der Tschechoslowakei (1968) als auch gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan (1979) protestiert und fordert den Rückzug der Sowjettruppen aus Afghanistan.

Beide Parteien stimmen ferner darin überein, daß die Militärblocks aufgelöst und internationale Abrüstungsmaßnahmen durchgeführt werden sollten. Ferner müsse sich Europa unabhängig von den USA und der Sowjetunion entwickeln (XNA, 8. und 9.11.).

Unterschiedliche Auffassungen herrschen hauptsächlich in zwei Punkten, nämlich in der Frage der "Unvermeidbarkeit von Kriegen" und ferner in der Frage der generellen Bewertung der Sowjetunion, deren Politik von der KPS nur in vereinzelt Aspekten (z.B. Afghanistan), jedoch nicht global als "hegemonistisch" angegriffen wird (AFP nach SWB, 27.11.80).

Carrillo, der 1915 geboren wurde, 1969 Generalsekretär der am 15. April 1920 gegründeten KPS wurde und der bereits dreimal die VR China besucht hat (1956, 1971 und 1980), war schon 1936 mit dem Kommunismus chinesischer Prägung in Berührung gekommen und hatte, wie er versicherte, stets Bewunderung für Mao Zedong, Zhou Enlai und Zhu De gehegt (XNA, 10., 11.11.). Eben dieser Carrillo mußte sich nun von Hu Yaobang (in einer Rede am 13. November) erklären lassen, daß "Mao Zedong zahlreiche ultralinke Irrtümer begangen hat, und zwar von 1957 bis zu seinem Tod im Jahre 1976. Die Partei wolle allerdings angesichts seiner Verdienste seine Leistungen bis zum Jahre 1957 würdigen (AFP in SWB, 15.11.80).

In seiner Rede vor der Beijing-Universität am 13. November betonte Carrillo, daß die Arbeiterklasse in den westeuropäischen Ländern ihren eigenen Weg finden müsse. Die neue Vokabel 'Eurokommunismus' bezeichnet nichts anderes als die Anwendung des revolutionären Marxismus auf die Realität eines bestimmten Landes" (BRu, 1980, Nr.47, S.19). Diese Aussage entspricht der Selbständigkeitstheorie, die von den Chinesen auch im Zusammenhang mit den Besuchen jugoslawischer und rumänischer Delegationen im Berichtszeitraum verkündet worden war.

-we-

SOWJETUNION UND WESTEUROPA

(3) Hoher jugoslawischer Besuch in China: Selbständigkeit der Parteien, betriebliche Selbstverwaltung und Blockfreienbewegung

Vom 6. bis 11. November besuchte der Vorsitzende des Bundesexekutivrates der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, Veselin Djuranovic, die VR China. U.a. wurde ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Seetransportsektor geschlossen. Danach wollen beide Seiten die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Handelsmarine im Geiste der Gleichheit und der Gegenseitigkeit gestalten. Beide gewähren den Handelsschiffen und ihren Mannschaften gegenseitige Meistbegünstigung (XNA 9.11.80).

Internationales: Ursache der gegenwärtigen internationalen Spannungen ist nach Djuranovic die Tatsache, daß Blöcke um Einflußsphären streiten. Ministerpräsident Zhao Ziyang andererseits hält die "Aggressions- und Expansionspolitik der Hegemonisten" für den Hauptgrund (XNA 7.11.80). Verschiedene Worte - gleiche Meinung!

Im übrigen standen drei Themen im Mittelpunkt: Die Unabhängigkeit der KPs, die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien und die Blockfreienbewegung.

a) Was die KP-Selbständigkeit anbelangt, so brachte die parteioffizielle Hongqi (Nr. 21/1980) einen Aufsatz mit der Überschrift: "Die revolutionären Probleme eines Landes müssen von der jeweiligen Partei und dem jeweiligen Volk selbst entschieden werden". Schon Marx und Engels hätten immer wieder darauf hingewiesen, daß sie über Probleme in vielen anderen Staaten nicht so recht Bescheid wüßten und daher kein Recht hätten, sich mit ihrer Meinung in die inneren Angelegenheiten der einzelnen KPs in Europa und in den USA einzumischen; es sei Unsinn, die Bewegung in allen Ländern einförmig zu gestalten. Engels habe immer wieder darauf hingewiesen, daß es in der internationalen Arbeiterbewegung kein einheitliches Modell und keine einheitliche Taktik geben könne. Man dürfe niemals doktrinär oder dogmatisch sein. Keine Arbeiterpartei habe ein "Erstgeburtsrecht"; jedes Volk müsse seine Probleme selbst beurteilen und selbst lösen.

So gesehen, ist es auch "nicht nur unnötig, sondern auch unmöglich, eine internationale Organisation des Proletariats wie die Erste, Zweite und Dritte Internationale zu gründen. Für die marxistisch-leninistischen Parteien der verschiedenen Länder ist es vielmehr notwendig, von den konkreten Verhältnissen ihrer eigenen Länder ausgehend und auf der Grundlage der Anwendung und Entwicklung der Grundsätze des Marxismus-Leninismus unabhängig, selbständig

und schöpferisch ein Programm, eine Linie und Taktiken auszuarbeiten, die ihren nationalen Besonderheiten entsprechen". Es dürfe kein "Kommandozentrum" geben.

Gegen dieses Grundprinzip verstießen sowohl die Sowjetunion (bereits Stalin habe über die Komintern falsche Ratschläge an die KPCh gegeben) als auch Lin Biao und die Viererbande: Letztere hätten China als "Zentrum der Weltrevolution" bezeichnet und den "Jinggangshan-Weg" als "allgemein gültigen Weg für alle Länder der Welt" bezeichnet, demzufolge man die Weltstädte von den Weltdörfern her einkreisen müsse.

Ein Rückblick auf die historischen Erfahrungen zeige, daß die Beziehungen zwischen den einzelnen KPs auf dem proletarischen Internationalismus zu basieren hätten: Danach müßten die Parteien sich gegenseitig unterstützen und voneinander lernen sowie am Prinzip der Gleichberechtigung, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit festhalten. Der Akzent liege hierbei vor allem auf der Selbstständigkeit der KPs!

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die jugoslawischen Gäste einen solchen Artikel höchst erfreulich fanden.

b) Auch das jugoslawische System der Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben wurde von Zhao Ziyang nachdrücklich gepriesen (XNA 7.11.80). Dieses Selbstverwaltungssystem findet in C.a. und wird z.T. auch nachgeahmt (Einzelheiten zu diesem Komplex in China aktuell Oktober 1977, S.667). Auch in der juristischen Literatur dauert die Auseinandersetzung mit dem jugoslawischen System an, so in der Ausgabe Nr. 6 (Juni 1980) der "Weltwirtschaft" (Shijie jingji).

U.a. besuchte Djuranovic am 7. November die Petroleum- und Dieselmotorenfabrik in einem Pekinger Vorort. Dieses gehört mit seinen 9000 Arbeitern zu den Experimentieranstalten, in denen die Arbeiter über die Verteilung des Unternehmensgewinns auf einer Konferenz entscheiden und auch sonst in verschiedenen Belangen am Management teilnehmen. Die Arbeiter teilten Djuranovic mit, daß sie bei ihren Bemühungen das jugoslawische Modell stets im Auge hätten (Tanjung in SWB, 11.11.80).

c) Die chinesische Seite ermutigte Jugoslawien, weiter in seiner Blockfreien-Politik fortzufahren und vor allem darauf zu achten, daß die Blockfreienbewegung vor Spaltung geschützt bleibe.

Radio Lhasa (SWB, 11.10) gab bekannt, daß demnächst ein von China und Jugoslawien gemeinsam herausgegebenes Buch über Tibet erscheine.

-we-

(4) China weiterhin vom polnischen Experiment fasziniert

Die Berichterstattung über Polen gehört mit zu

den z.Zt. durchgehenden Themen der chinesischen Berichterstattung. Besonders offenherzig für chinesische Verhältnisse war ein Xinhua-Bericht (XNA,, 25./26.10.) über die Verfassung des neuen Gewerkschaftsverbandes "Solidarität". Man erkennt in Polen Ansätze der Trennung zwischen Partei und Verwaltung/Massenorganisationen, wie sie auch in China z.Zt. geprüft werden. Die Partei soll nur mehr "überwachen", nicht mehr laufende Angelegenheiten wahrnehmen. Es handelt sich hier um eine Trennung zweier Funktionsbereiche, wie sie im Europa des 18. Jahrhunderts beispielsweise durch die Trennung von Staat und Kirche erreicht wurde.

Die "New York Times" zieht Parallelen bei den Vorgängen in Polen und China: "Diese sich früher so unähnlichen Gesellschaften sind in Bewegung, sie ändern ihre Regierungsformen, um politische Macht und wirtschaftlichen Gewinn den Menschen zugute kommen zu lassen. Die Chinesen gehen dabei von oben, die Polen von untenher vor - doch beide sind dabei, die Kernmoral der kommunistischen Lehre zu zerstören: Die Leitidee, daß die Träger der Parteiideologie unumschränkt herrschen sollen...Worüber man in China derzeit zu Gericht sitzt, und was täglich in Polen auf dem Prüfstand steht, ist nichts weniger als das kommunistische System selbst....." (wiedergegeben in FAZ, 1.12.80; vergl. auch C.a., August 1980, Ü.2).

-we-

(5) Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten

Der rumänische Ministerpräsident Ilie Verdet hielt sich vom 25.-28. November in Beijing auf.

Häufigste Vokabel bei den Ansprachen war das Wort "Unabhängigkeit" (XNA, 26.11.80). Das in der Jugoslawien-Übersicht dieses Hefts Gesagte gilt für den Rumänien-Besuch analog.

Mitglieder der rumänischen Delegation waren u.a. Repräsentanten des Außenministeriums, des Außenhandelsministeriums, des Chemie-, des Metallurgie-, des Bergwerks- und Ölministeriums (XNA, 26.11.80) - Beweis dafür, daß man nicht nur über das Ziel der rumänischen Außenpolitik im allgemeinen, sondern auch über die Möglichkeiten einer Fundamentierung der rumänischen Unabhängigkeit in aller Konkretheit sprechen wollte. Militärbegleitung befand sich nicht in der Delegation. Immerhin haben in den vergangenen Jahren zahlreiche rumänische Militärdelegationen die Volksrepublik besucht - und umgekehrt. Mitte Oktober hatte der rumänische Militärattaché in Peking einen Empfang anläßlich des 36. Jahrestages der rumänischen Armee gegeben, bei dem viel militärische Prominenz der Volksrepublik, u.a. Yang Yong von der Militärkommission beim ZK erschienen war (XNA in SWB, 28.10.80).

-we-

NORDAMERIKA

(6) Außenpolitik aus der Vogelperspektive: Interview Deng Xiaopings mit dem Christian Science Monitor

Earl Foell, Chefredakteur des amerikanischen Christian Science Monitor, führte mit Deng Xiaoping ein Gespräch, das in der Renmin Ribao (24.11.) publiziert wurde.

Zur Frage der amerikanisch-chinesischen Zusammenarbeit im Pazifik. China habe stets für die US-Präsenz im Pazifik plädiert, doch könnten die USA mit dem Sowjethegemonismus allein nicht fertig werden. China und andere Länder, auch die der Dritten Welt in diesem Bereich, müßten zusammenarbeiten.

Zur Frage der sinosowjetischen Beziehungen: Zum Bruch sei es Ende der fünfziger Jahre gekommen, da die Sowjetunion hegemonistisch geworden sei und versucht habe, China zu dominieren. Der sinosowjetische Disput habe mit ideologischer Polemik begonnen und sei dann eskaliert. Als Chruschtschow noch an der Macht war, habe es entlang der chinesisch-sowjetischen Grenze nur zehn sowjetische Divisionen gegeben; unter Breschnjew seien sie auf 54 Divisionen mit insgesamt einer Million Mann angestiegen. Außerdem gefährde die Sowjetunion Nachbarstaaten Chinas, u.a. die Mongolische VR und Afghanistan. Die Sowjetunion wolle die Welt beherrschen und lasse sich von einer Globalstrategie leiten.

Wann endlich werden sich die sinosowjetischen Beziehungen bessern? Dies hänge, so Deng, davon ab, ob Moskau seine expansionistische Politik einstelle oder nicht. Eine solche Einstellung müsse sich in "konkreten Aktionen" äußern, so z.B. im Rückzug aller Truppen aus Afghanistan, der Mongolei, Südostasien und anderen Gebieten. Falls die Sowjetunion damit heute, am 15. November, beginnt, können wir morgen, am 16. November unser Beziehungsgefüge ändern. Andernfalls können die sino-sowjetischen Beziehungen auch während der nächsten 10 oder 20 Jahre sich nicht zum besseren wenden. Davon, ob China reich oder arm sei, ob es also sowjetische Unterstützung benötige oder nicht, werde die Besserung der beidseitigen Beziehungen keinesfalls abhängen. Einzig und allein der sowjetische Hegemonismus könne hier den Ausschlag geben.

Zu den amerikanisch-chinesischen Beziehungen: Foell wies auf die Diskontinuität der chinesischen Politik seit 1976 hin, die in amerikanischen Wirtschafts- und Regierungskreisen Mißtrauen ausgelöst habe. Deng räumte ein, daß China z.Zt. noch mitten im Experimentierstadium stehe. Kontinuität einer bestimmten Politik hänge einzig undallein davon ab, ob sie korrekt und geeignet für das chinesische Volk seien. Erweise sie sich als schlecht, so könne sie nicht fortgesetzt werden, erweise sie sich dagegen als gut, dann habe sie ihre Chance.

Widerstände der Bürokratie, die um ihre Existenzberechtigung fürchte, seien zwar gegeben, für die Kontinuität oder Diskontinuität der Politik aber durchaus sekundär. Dasselbe müsse für den Widerstand von Anhängern der "Viererbande" gelten. Letztere machten nur eine verschwindend geringe Zahl aus und seien leicht zu kontrollieren. Was die Bürokraten anbelange, so müsse man weiterhin Auswege aus den bisherigen Privilegien, aus der Mißachtung der Wissenschaft, aus der Überkonzentration an Macht in ihren Händen und dergleichen finden.

Was die Taiwanfrage anbelange, so sei China nicht gerade begeistert über den Taiwan Relations Act, der vom amerikanischen Kongreß verabschiedet wurde, und der es erlaubt, weiterhin amerikanische Waffen an Taiwan zu verkaufen. Doch werde man sich damit abfinden. Reagan habe während des Wahlkampfes einige unbesonnene Bemerkungen über die Wiederherstellung "offizieller Beziehungen" zu Taiwan in der amerikanischen Öffentlichkeit gemacht und sei dafür auch kritisiert worden. In der Zwischenzeit habe er aber seine Haltung offensichtlich korrigiert (dazu auch RMRB, 4.11.80).

Zur Frage, warum ausländische Journalisten nicht den Prozeß gegen die Viererbande beobachten dürfen: Die Angeklagten hätten jahrelang Einblick in die Akten gehabt, so daß die Gefahr bestehe, daß Staatsgeheimnisse verraten würden.

Ob er, Deng Xiaoping, seine Memoiren schreiben werde? Antwort: "Ich habe keine Zeit. Außerdem bin ich eine Landpomeranze, der es an Bildung fehlt. Überdies bin ich nicht daran interessiert, allzu viel über mich selbst zu sprechen..... Ich habe keine Lust, darüber zu reden und zu schreiben, wie außerordentlich ich bin. Worauf es jetzt ankommt, ist die Stabübergabe an jugendliche und kompetente Leute."

Zur Frage, wie lange das gegenwärtige Regime andauere, Deng: Man sei gerade dabei, Altersgrenzen einzuführen und Kader daran zu hindern, lebenslang auf ihren Posten zu sitzen. Dieser neue Kurs könne durchaus von Dauer sein, wenn es gelinge, den demokratischen Zentralismus zu verwirklichen, die "sozialistische Demokratie" zu verbreiten und vor allem ein Rechtssystem zu etablieren.

-we-

ASIEN

(7) Anti-chinesische Unruhen in Java

Vom 20. - 26. November kam es in den javanischen Städten Solo, Semarang, Bojolali, Garut, Tegal, Banyumas, Madiun und Salatiga in Zentral-Java zu anti-chinesischen Pogromen, wie sie im Laufe der Jahre seit dem Ende der holländischen Kolonialherrschaft schon öfters vor-

gekommen sind - mit besonderer Intensität im Zusammenhang mit den September-Ereignissen von 1965, die zum Sturz des Regimes Sukarno und zur Machtübernahme durch Militärs unter der Führung Suhartos führten.

Die Unruhen begannen in Solo, das etwa 400 km östlich von Jakarta liegt, am 20. November und griffen dann auf die zentraljavanische Provinzhauptstadt Semarang, etwa 60 km von Solo entfernt, über, und zwar am 25. November. Jugendliche, die mit Messern und Stöcken bewaffnet waren, drangen in Häuser ein, die Chinesen gehörten und brannten sie nieder, zerstörten chinesische Autos und riefen im Chor "Ganyang cina" (Schlagt die Chinesen nieder).

Die Regierung verhängte daraufhin eine Ausgangssperre über Solo und Semarang. Indonesische Truppen patrouillierten durch beide Städte, um weitere Vorfälle zu verhindern. Der indonesische Verteidigungsminister Mohammad Jusuf besuchte am 26. November die beiden Städte, und der indonesische Präsident Suharto berief eine Notstandssitzung ein (XNA; 28.11.80).

In Indonesien leben zur Zeit rund dreieinhalb Millionen Chinesen, die jedoch zum größten Teil die indonesische Staatsbürgerschaft besitzen und nur noch minderheitlich Bürger der Volksrepublik China sind. Die Chinesen wurden durch die indonesische Nationalitätengesetzgebung Mitte der 50er Jahre als Händler vom flachen Land verbannt und konzentrierten sich mit ihren Geschäften heute nur noch in den Städten. Mit ihrem Wohlstand, der ihnen gleichwohl verblieben ist und ihrer wirtschaftlichen Aktivität, aber auch ihren Bestechungsmanövern gegenüber der Staatsbürokratie haben sie sich unter der indonesischen Bevölkerung Feinde geschaffen.

Es sind aber nicht nur die Chinesen, sondern auch die Japaner, gegen die sich manchmal der Volkszorn richtet, so z.B. bei den anti-japanischen Unruhen anlässlich des Besuches des japanischen Ministerpräsidenten Tanaka im Jahre 1974.

-we-

(8) Japanisch-chinesische Ministergespräche

Im Rahmen der 1978 vereinbarten regelmäßigen Konsultationen auf Ministerebene trafen am 3.12.80 erstmals sechs japanische Kabinettsmitglieder zu zweitägigen Gesprächen in Beijing ein. Es handelte sich um Außenminister Ito, Finanzminister Watanabe, MITI-Minister Tanaka, Minister für Landwirtschaft und Fischerei Kameoka, Verkehrsminister Shiokawa sowie den Leiter des Wirtschaftsplanungsamtes (kurz: EPA, Leiter im Ministerrang) Komoto, der als früherer MITI-Minister bereits über gute Chinaerfahrungen verfügt. Die chinesische Seite war durch die stellv. Ministerpräsidenten Gu Mu, Yao Yilin, Kang Shien und Huang Hua (Außenminister) sowie Außenhandelsminister Li Quiang, Minister für Kohleindustrie Gao Yangwen, Eisenbahnminister

Guo Weicheng, Finanzminister Wang Bingqian (NCNA, 25.11.80, SWB 29.11.) vertreten.

Im Mittelpunkt der Konsultationen standen die Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere brachte die japanische Seite ihr Unbehagen über das plötzliche Aussetzen der zweiten Ausbaustufe des Bao shan-Projektes zum Ausdruck, weil dieses "Projekt Japan besonders am Herzen" liege (Finanzminister Watanabe, AS, 4.12.80) und die Aussetzung "Beunruhigung in japanischen Wirtschaftskreisen" ausgelöst habe. Watanabes Ersuchen, bei Planänderungen schneller informiert zu werden, ließ sein Gesprächspartner Gu Mu ohne direkte Antwort.

Die japanische Delegation hatte drei Hauptanliegen: 1. Ausdehnung der joint venture-Projekte, 2. Abschluß eines Investitionssicherungsabkommens und 3. ein umfassendes Steuerabkommen. Konkrete Ergebnisse in dieser Hinsicht erbrachten die Konsultationen nicht, aber die chinesische Seite machte deutlich, daß Japan bei der Modernisierung Chinas eine herausgehobene Rolle zukomme; Gu Mu beschrieb das so: "Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen China und Japan ist nicht nur eine ökonomische Frage, sondern auch von großer politischer Bedeutung; wenn wir in Zukunft noch festere Wirtschaftsbeziehungen entwickeln, dient das nicht nur unserer beiderseitigen Interessen, sondern darüber hinaus auch Asien und dem Frieden der gesamten Welt." (AS, 4.12.80, S.2) Er betonte weiter, daß China verstärkt von Japans wirtschaftspolitischen Erfahrungen lernen wolle.

Die Konsultationen erbrachten in energiepolitischer Hinsicht für Japan ein konkretes Ergebnis: China machte deutlich, daß es nicht in der Lage ist, seine Ölexporte weiter zu erhöhen; stattdessen bot es an, die Kohleexporte deutlich zu steigern. Nach bisherigen Schätzungen sollte Japan 1981 2,5- 2,7 Mio.t Kohle (davon 1,5 Mio.t Roh-Kohle) erhalten, 1982 sollten 3,5-3,7 Mio.t (davon 2 Mio.t Roh-Kohle) entsprechend den längerfristigen Handelsabkommen geliefert werden; bis 1984/85 will China seine Kohleproduktion jährlich auf 5-7,5 Mio.t steigern. (AS, 4.12., S.9)

Den feierlichen Akzent der Unterredungen setzte die Unterzeichnung und der Austausch der Urkunden über die japanische Yen-Anleihe an China in Höhe von 56 Mrd.Yen (ca. 530 Mio. DM). Diese Anleihe 1980 soll für sechs Großprojekte verwendet werden, die vor allem Hafenausbau und Erweiterung des Schienennetzes betreffen - beide Bereiche sind wegen der angestrebten Erhöhung der Kohleexporte für Japan von großer Bedeutung. Es handelt sich vor allem um folgende vier Großprojekte:

1. Bau des Hafens Shijiusuo (9,8 Mrd.Yen, ca. 94 Mio. DM)
2. Bau der Eisenbahnlinie Shijiusuo-Yanzhou (3,1 Mrd. Yen, ca. 28.Mio.DM)
3. Erweiterung der Eisenbahnlinie Beijing- Qinhuangdao (11,2 Mrd. Yen, ca. 110 Mio. DM)
4. Ausbau des Hafens Qinhuangdao (13,7 Mrd. Yen, ca. 120 Mio.DM)

Von den verbleibenden ca. 30% der Anleihe wer-

den 17,8 Mrd. Yen für den Bau des Wasserkraftwerkes Wuqiangxi und den Ausbau der Eisenbahnstrecke Guangzhou-Hengyang 220 Mio. Yen aufgewendet. (AS, 6.12.80, S.1)

In den außenpolitischen Gesprächen versuchte Außenminister Ito seinen Gesprächspartner für eine "Lösung des Kampuchea-Problems am Verhandlungstisch" zu gewinnen, aber Huang Hua beharrte auf dem chinesischen Grundsatz, daß "der vietnamesische Einmarsch in Kampuchea Teil einer sowjetischen Globalstrategie" sei (AS, 4.12. und 5.12.) und keine Lösung ohne vorherigen, bedingungslosen Abzug aller vietnamesischen Truppen möglich sei. Ito hatte, auch im Namen der Asean-Staaten, gehofft, China für eine flexiblere Haltung gegenüber Vietnam gewinnen zu können; die japanische Seite glaubt nach wie vor, daß Chinas Einflußmöglichkeiten - bei größerer Flexibilität - trotz sowjetischen Einflusses groß sind. Huang Hua aber betonte, daß jede Verhandlung unter Einschluß Vietnams ohne vorherigen Truppenabzug für China ausgeschlossen sei. (AS, 5.12., S.2) Huang äußerte gegenüber Ito auch die chinesische Bewertung der Ereignisse in Polen, dabei hob er drei Punkte hervor: 1. Polens Regierung und die Gewerkschaften müßten sich hüten, der Sowjetunion einen Vorwand zu militärischem Eingreifen zu geben, 2. wenn aber die Sowjetunion zu der Ansicht käme, daß die polnischen Vorgänge von Nachteil für ihre Weltstrategie sei, würde sie wohl intervenieren, 3. dann aber sei die Lage anders als 1968 in der CSSR, denn heute sei die Haltung vieler Länder gegenüber der Sowjetunion viel kritischer und es würde wohl zu einer sehr ernststen Lage kommen. (AS, 5.12.80, S.2)

Die Gespräche endeten mit gegenseitigen Einladungen für die Ministerpräsidenten (AS, 5.12. S.1) und dem japanischen Vorschlag, die Konsultationen 1981 in Tokyo fortzuführen.

(P)

(9) Endlich Exploration bei den Senkakus?

Angesichts stagnierender chinesischer Ölexporte und des stetig wachsenden Bedarfs Japans, sind die VRC und Japan jetzt offensichtlich entschlossen, die langjährigen Querelen um die Eigentumsrechte an den Tiaoyu (chines.), bzw. Senkaku (jap.)- Inseln, als auch chinesische Proteste gegen gemeinsame japanisch-südkoreanische Explorationen vor der koreanischen Küste aus der Welt zu schaffen. Am 21./22.11.80 machte China bei Verhandlungen zwischen japanischen und chinesischen Experten (für Japan: Gesandter Kato von der jap. Botschaft/Beijing, Yamada Chuji, Vizedirektor, Vertragsreferat d. jap. Außenministeriums, auf chinesischer Seite: Vizeaußenminister Zhang Wenjin, Xiao Xianqian, stellv. Direktor der 1. Abtlg., Asienreferat d. Außenmin., Shen Weiliang, stellv. Direktor der Rechts- und Vertragsabteilung des Außenmin.; NCNA, 28.11.80) deutlich, daß die VR bereit für gemeinsame Exploration um die Senkakus ist, falls Japan einen solchen konkreten Vorschlag unterbreitet; dabei soll die Frage der Territo-

rialrechte ausgeklammert bleiben. (Kyodo/SWB 29.11.80)

Hinsichtlich der gemeinsamen koreanisch-japanischen Exploration auf dem Festlandssockel im Ostchinesischen Meer aber hob die chinesische Seite hervor, daß es sich um "eine schwerwiegende Verletzung chinesischer Hoheitsrechte" handele; dennoch sei China bereit, auch dieses Problem erst einmal auszuklammern, da man Japans dringendes Verlangen nach Rohstoffen, bes. Öl, anerkenne. Gegenüber den japanischen Verhandlungsführern deutete China an, daß in Zukunft unter Ausklammerung der Grenzziehung am Festlandssockel auch im Ostchinesischen Meer gemeinsame japanisch-chinesische Exploration möglich wäre. (AS, 23.11.80, S.9)

(P)

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(10) Afghanistan: China bringt der Sowjetunion vor der UNO eine Niederlage bei

Am 20. November nahm die 35. UNO-Vollversammlung eine Resolution an, die von der Sowjetunion verlangt, ihre Truppen unverzüglich aus Afghanistan abzuziehen und so die Voraussetzungen für eine politische Lösung der Afghanistanfrage zu schaffen.

Die Resolution war nach vier Tagen heftiger Debatten mit 111 gegen 22 Stimmen angenommen worden.

Mit zu den entschiedensten Befürwortern der neuen Resolution gehörte neben Pakistan vor allem China. Ling Qing sprach vom sowjetischen Afghanistan-Unternehmen als einem Bestandteil der sowjetischen Globalstrategie. China befürwortete eine "vernünftige Lösung", bekämpfe jedoch entschieden jedes Hinnehmen des Status quo. Außerdem betonte er drei chinesische Grundprinzipien für die Lösung der Afghanistanfrage: unverzüglicher Abzug der Sowjettruppen; freie Entscheidung des afghanischen Volkes über sein eigenes Geschick, Rückkehr Afghanistans zum Status eines blockfreien Landes (XNA, 18.11.80).

Außerdem beschuldigt China die Sowjetunion, sich den afghanischen Wakhan-Korridor "klammheimlich einzuverleiben" - also jenen dünnen Territorialschlauch, der bis zur chinesischen Grenze hinüberreicht. Die Annexion werde mit Hilfe sowjetischer Truppen aus Tadschikistan durchgeführt, das an das Wakhangebiet angrenzt. Dieses Vorgehen der Sowjetunion gefährdet nicht nur die Sicherheit Pakistans (sie hätten nunmehr eine bessere Möglichkeit, in das nördliche Grenzgebiet Pakistans einzudringen), sondern bedroht auch die Verbindungen zwischen Pakistan und China (XNA, 7.11.80). Währenddessen gehe

der Kampf der Afghanen weiter. Ihre Truppenstärke habe sich von 50.000 auf 100.000 Mann erhöht. Allerdings mache die bittere Kälte den Freiheitskämpfern z.Zt. schwer zu schaffen, während die sowjetischen Aggressorentruppen bestens ausgerüstet seien. Im Sommer könnten die Freiheitskämpfer unter offenem Himmel leben, doch jetzt seien sie darauf angewiesen, Unterkunft zu finden. Doch sei es keine Schwierigkeit für sie, in den Volksmassen unterzutauchen. Die Kämpfer hätten den ersten Winter überstanden und würden nun wohl auch die Prüfungen des zweiten Winters meistern können (XNA, 29.11.).

Ein Xinhua Korrespondent besuchte die pakistano-afghanische Grenze im Gebiet des pakistanischen Belutschistan. Dort gebe es z.Zt. 200.000 afghanische Flüchtlinge: Täglich kämen rund 100 neue Familien hinzu. Insgesamt seien bereits eine Million afghanische Flüchtlinge nach Pakistan gekommen. Die Bevölkerung der Provinz Belutschistan beträgt insgesamt nur 2,5 Millionen Einwohner. Für sie ist das Flüchtlingsproblem also eine existenzbedrohende Belastung. Das Grenzgebiet selbst ist "Niemandesland" (von dort aus können auch Operationen afghanischer Flüchtlinge nach Afghanistan hinüber erfolgen, wobei die pakistanische Polizei - wenn sie solche Bewegungen überhaupt noch kontrollieren kann - offensichtlich beide Augen zudrückt).

In der Provinz Belutschistan lebten, wie es in dem Bericht weiter heißt, über 400 Stämme: Es gebe also Minderheitenprobleme. Wirtschaftlich gesehen ist Belutschistan ein trockenes Land mit armseligen Verkehrsmöglichkeiten. Trotzdem ist die Provinz strategisch von höchster Wichtigkeit, da sie an die Ölrouen angrenzt. Ist Belutschistan das nächste Opfer der Sowjetunion? (XNA in SWB, 8.11.).

-we-

(11) KSZE- und MBFR-Verhandlungen: Das alles führt doch zu nichts!

a) Am 11. November wurde nach langem Gerangel die zweite Nachfolgekonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) eröffnet, an der 35 Länder teilnehmen. Seit im September 1980 mit den Vorbereitungen für dieses Treffen begonnen wurde, hat es nichts als Uneinigkeit gegeben. Die westlichen Teilnehmer wollten auch über Afghanistan, die östlichen dagegen nur über Entspannung und Abrüstung in Europa diskutieren.

Die erste KSZE-Konferenz hatte 1975 stattgefunden und mit einer 120 Seiten langen Schlußakte geendet, die "ein neues Kapitel des Friedens in der Geschichte Europas" und eine "Charta der friedlichen Koexistenz in Europa" sein sollte. Seither aber habe Moskau seine Hände nach dem südlichen Afrika ausgestreckt, und versucht im Roten Meer, im Indischen Ozean, im Persischen

Golf, in Indochina und schließlich in Afghanistan seinen Einfluß auszuweiten und jetzt wolle die Sowjetunion über "Entspannung" reden! (XNA, 16. u. 22.11.80)

b) Auch die MBFR-Gespräche über eine Truppenreduzierung in Europa sind nach chinesischer Auffassung an einem toten Punkt angelangt. Am 30. Oktober 1980 war es sieben Jahre her, daß diese Verhandlungen zwischen den sieben Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts und den 12 NATO-Ländern in Wien begannen. Insgesamt hat es inzwischen 21 Verhandlungsrunden und 245 Sitzungen gegeben, ohne daß substantielle Fortschritte erzielt wurden.

Lange Zeit blockierte die Frage, wie stark die Truppen des Warschauer Paktes denn nun wirklich seien, die Verhandlungen. Die Sowjetunion wollte nur 805.000 Mann zugeben, hatte jedoch mindestens 150.000 Mann mehr im MBFR-Bereich stehen. Außerdem kamen seit Mitte der 70er Jahre noch 120 SS-20 Raketen und 100 Backfire-Bomber hinzu, die das östliche Übergewicht nun auch dem naivsten Beobachter deutlich gemacht hätten.

Die Sowjetunion werde auch in Zukunft keinesfalls ihre militärische Überlegenheit aufgeben, und die USA und ihre Verbündeten könnten infolgedessen nicht darauf verzichten, nachzuziehen. Bei allen "Konzessionen" könnten aus diesem Grunde die MBFR-Verhandlungen keine wirklich positiven Ergebnisse hervorbringen (Näheres BRU, 1980 Nr. 46, S.14, 26)

-we-

AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

(12) Syrischer Auslandsstudent wegen Totschlags verurteilt

Der Volksgerichtshof mittlerer Ebene der Stadt Shenyang hat am 6. Oktober 1980 einen syrischen Auslandsstudenten wegen Totschlags zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Syrer wurde für schuldig befunden, am 10. Juni 1980 einen kongolesischen Auslandsstudenten mit einem Messer tödlich verwundet zu haben. Der Täter bekannte sich schuldig im Sinne der Anklage und akzeptierte das Urteil (XNA, 7.10.80).

-sch-

INNENPOLITIK

(13) Erweiterte Sitzung des Politbüros im August über Reformen des Führungssystems bestätigt - Demokratie trotz Ein-Parteien-Herrschaft?

Der stellvertretende Direktor des Allgemeinen